

## ***Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" für die Jahre 2015 bis 2017***

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates  
an den Kantonsrat von Solothurn  
vom 9. September 2014, RRB Nr. 2014/1567

### **Zuständiges Departement**

Volkswirtschaftsdepartement

### **Vorberatende Kommission(en)**

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission  
Finanzkommission

## Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung .....	3
1. Einleitende Bemerkungen.....	5
2. Bezug zu den Planungsgrundlagen des Regierungsrates.....	5
3. Leistungsauftrag und Saldovorgabe .....	6
3.1 Veränderungen von Leistungen und Finanzen zur vergangenen Globalbudgetperiode	6
3.1.1 Veränderungen im Leistungsauftrag .....	6
3.1.2 Vorgangene Globalbudgetperiode .....	6
3.1.3 Neue Globalbudgetperiode .....	6
4. Finanzströme und Investitionen ausserhalb Globalbudget .....	6
5. Rechtliches.....	6
6. Antrag.....	7
7. Beschlussesentwurf .....	9

## Anhang/Beilage

Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" für die Jahre 2015 bis 2017

## Kurzfassung

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit versteht sich als das Kompetenzzentrum für Wirtschafts- und Arbeitsfragen im Kanton Solothurn. Seine Mission ist, dass in einer leistungsfähigen und innovativen Wirtschaft jede Person ihre Existenz mit einer ihren Neigungen und Fähigkeiten angemessenen Arbeit sichern kann.

Die obersten politischen Zielsetzungen für die im Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" zusammengefassten Aufgaben umfassen die Förderung eines qualitativen Wirtschaftlichen Wachstums, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft des Kantons Solothurn und die soziale Absicherung des wirtschaftlichen Strukturwandels. Die Aufgabenfelder des Amtes für Wirtschaft und Arbeit werden in vier Produktgruppen zusammengefasst.

Gegenüber dem vorangehenden Globalbudget (2012 – 2014) gibt es zwei wesentliche Änderungen.

Im Rahmen des Massnahmenplans 2014 wird für die Neue Regionalpolitik (NRP) ab 2016 kein Umsetzungsprogramm mehr ausgearbeitet (VWD-R11). Das neue Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (voraussichtliche Inkraftsetzung 01.01.2016) wird zu markant tieferen Einnahmen im Rahmen der gastwirtschaftlichen Bewilligungen führen. Zudem fallen die Gebühreneinnahmen aus Anlassbewilligungen ganz weg. Diese liegen neu in der Kompetenz der Gemeinden.

### a) Globalbudget: "Wirtschaft und Arbeit"

1. Produktgruppe 1: Standortförderung
  - 1.1. Steigerung des Wirtschaftswachstums
2. Produktgruppe 2: Kontrolle Arbeitsbedingungen
  - 2.1. Gewährleistung des Schutzes der Gesundheit und der Persönlichkeit von Arbeitnehmenden
  - 2.2. Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping
  - 2.3. Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen
  - 2.4. Kundenfreundlicher Vollzug der Gewerbegesetzgebung
3. Produktgruppe 3: Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit
  - 3.1. Bekämpfung und Verhütung von Arbeitslosigkeit
4. Produktgruppe 4: Übrige Dienstleistungen des Amtes für Wirtschaft und Arbeit
  - 4.1. Gewährleistung ausreichender Versorgung mit lebenswichtigen Gütern

### b) Verpflichtungskredit 2015-2017

9'178'000 Fr.



Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" für die Jahre 2015 bis 2017.

## **1. Einleitende Bemerkungen**

Die Aufgabenbereiche innerhalb des Amtes für Wirtschaft und Arbeit umfassen Massnahmen, welche zu einem qualitativen Wirtschaftswachstum führen, die Wettbewerbsfähigkeit fördern und Wettbewerbsverzerrungen verhindern sollen sowie den wirtschaftlichen Strukturwandel sozial absichern wollen. Deshalb gehören neben der Schaffung von günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Kontrollen der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sowie die Beratung und finanzielle Unterstützung von stellensuchenden Personen zu den Haupttätigkeiten des Amtes für Wirtschaft und Arbeit.

Der Kanton Solothurn liegt im Mittelpunkt der Schweizer Zentren. Die gute Erreichbarkeit ist einer der grossen Standortvorteile des Kantons. In Pendlerdistanz sind rund 1.5 Millionen Arbeitskräfte wohnhaft und es sind mehrere Universitäten, Fachhochschulen und Flughäfen erreichbar. Trotz der Zunahme des Dienstleistungssektors ist der Kanton Solothurn nach wie vor ein konkurrenzfähiger Industriestandort. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit stärkt mit seinen Aufgaben den Wirtschaftsstandort Solothurn und vernetzt ihn international wie national mit wichtigen Partnern. Durch die Stärkung der Bildung, insbesondere der dualen Berufsbildung sowie dem Wissens- und Technologietransfer, kann die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft gesteigert werden. Dabei ist es wichtig Neugründungen zu begleiten und ihnen den Weg vorzubereiten. In einer funktionierenden und lebendigen Volkswirtschaft ist der strukturelle Wandel unumgänglich. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit versucht dessen negative Folgen vor allem mit den Instrumenten der Arbeitslosenversicherung abzusichern.

Die wesentlichen Determinanten der schweizerischen Wirtschaftspolitik werden auf eidgenössischer Ebene sowie durch die Schweizerische Nationalbank festgelegt. Die Märkte sind heute stark globalisiert und reagieren im internationalen Kontext. Die Solothurner Volkswirtschaft kann nicht unabhängig davon gesteuert werden. Der Handlungsspielraum ist begrenzt und kann nicht beliebig ausgenutzt werden. Die finanziellen Möglichkeiten des Kantons verhindern zusätzlich einen unverhältnismässig hohen Mitteleinsatz. Wesentliche Bereiche des Amtes für Wirtschaft und Arbeit sind grösstenteils Vollzugsaufgaben im Rahmen der Bundesgesetzgebung, so vor allem in den Produktgruppen "Kontrolle Arbeitsbedingungen" und "Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit".

Mit seinen Tätigkeiten wird das Amt für Wirtschaft und Arbeit weiterhin zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Solothurner Wirtschaft, insbesondere der KMU, beitragen. Mit dem Instrument der lösungsorientierten Beratung sollen stellensuchende Personen befähigt werden, sich wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Diese beiden Schwerpunkte sollen dazu beitragen, dass die Arbeitslosigkeit im Kanton Solothurn weiterhin unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt.

## **2. Bezug zu den Planungsgrundlagen des Regierungsrates**

Im Legislaturplan 2013 – 2017 sind folgende politischen Schwerpunkte definiert:

B.1.5 Wirtschafts- und Arbeitsstandort stärken

B.1.5.1 Qualitatives wirtschaftliches Wachstum fördern

B.1.5.2 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

Im IAFP 2015-2018 sind folgende Massnahmen festgehalten worden:

- Das Umsetzungsprogramm NRP wird ab dem Jahr 2016 nicht weitergeführt
- Erlass eines neuen Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes

### **3. Leistungsauftrag und Saldovorgabe**

3.1 Veränderungen von Leistungen und Finanzen zur vergangenen Globalbudgetperiode

3.1.1 Veränderungen im Leistungsauftrag

Die beiden Positionen "Beiträge Tourismusförderung" und "Beitrag Aus- und Weiterbildung Gastro" werden im neuen Globalbudget als statistische Messgrössen ausgewiesen und laufen ab dem Jahr 2016 unter der Produktgruppe Standortförderung.

3.1.2 Vergangene Globalbudgetperiode

Der bereinigte Verpflichtungskredit beträgt Fr. 9'087'000. Das voraussichtliche Ergebnis des Verpflichtungskredits (RE12 + RE13 + VA14) beträgt Fr. 7'442'000. Die Differenz von Fr. 1'645'000 ergibt sich vor allem aus den Beiträgen der Neuen Regionalpolitik, welche nicht voll-umfänglich ausgeschöpft wurden.

3.1.3 Neue Globalbudgetperiode

Die Veränderung aus vom Verpflichtungskredit aus der letzten GB-Periode zu der aktuellen ergibt sich hauptsächlich aus folgenden zwei Änderungen.

- Kein Umsetzungsprogramm bei der Neuen Regionalpolitik ab dem Jahr 2016
- Tiefere Einnahmen im Rahmen der gastwirtschaftlichen Bewilligungen und das Wegfallen der Gebühreneinnahmen aus Anlassbewilligungen. Finanzströme und Investitionen ausserhalb Globalbudget

### **4. Finanzströme und Investitionen ausserhalb Globalbudget**

Die Kosten für die Kantonsbeiträge AVIG wurden auf Grund der Berechnungen vom SECO und vom Amt für Wirtschaft und Arbeit angepasst.

Die Darlehen NRP werden im Jahr 2014 vollumfänglich vergeben und fallen daher ab dem Jahr 2015 weg.

### **5. Rechtliches**

Der nachfolgende Beschluss untersteht als gebundene Ausgabe (Verpflichtungskredit und Spezialfinanzierungen) nicht dem fakultativen Referendum nach Art. 36 KV (Art. 37 Abs. 1 Bst. c KV).

**6. Antrag**

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm  
Landammann

Andreas Eng  
Staatsschreiber





## 7. **Beschlussesentwurf**

### **Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" für die Jahre 2015 bis 2017**

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986<sup>1</sup>, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)<sup>2</sup>, nach Kenntnisnahme von Botenschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 9. September 2014 (RRB Nr. 2014/1567), beschliesst:

1. Für das Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" werden für die Jahre 2015 bis 2017 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:
  - 1.1. Produktgruppe 1: Standortförderung
    - 1.1.1. Steigerung des Wirtschaftswachstums
  - 1.2. Produktgruppe 2: Kontrolle Arbeitsbedingungen
    - 1.2.1. Schutz der Gesundheit und der Persönlichkeit der Arbeitnehmenden
    - 1.2.2. Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping
    - 1.2.3. Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen
    - 1.2.4. Kundenfreundlicher Vollzug der Gewerbegesetzgebung
  - 1.3. Produktgruppe 3: Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit
    - 1.3.1. Bekämpfung und Verhütung von Arbeitslosigkeit
  - 1.4. Produktgruppe 4: Übrige Dienstleistungen des Amtes für Wirtschaft und Arbeit
    - 1.4.1. Gewährleistung ausreichender Versorgung mit lebenswichtigen Gütern
2. Für das Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" wird als Saldovorgabe für die Jahre 2015 bis 2017 ein Verpflichtungskredit von 9'178'000 Fr. beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt

<sup>1</sup> BGS 111.1.

<sup>2</sup> BGS 115.1

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

---

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

---

**Verteiler KRB**

Volkswirtschaftsdepartement  
Amt für Wirtschaft und Arbeit  
Finanzdepartement (2)  
Amt für Finanzen (2)  
Kantonale Finanzkontrolle  
Parlamentscontroller  
Parlamentsdienste